

Länderkurzpapier Simbabwe

Stand November 2020

Die Lage in Simbabwe ist derzeit für die Zivilbevölkerung sehr unübersichtlich und bedrohlich. Die Ereignisse überschlagen sich häufig: Seit Juni 2020 nehmen Übergriffe auf Zivilist*innen, Menschenrechtsverteidiger*innen und Journalist*innen stark zu. Sie werden oft kurzzeitig in Haft genommen und dann wieder freigelassen. Die Einschüchterungen und Bedrohungen folgen einem gewissen Muster: Meist werden die Betroffenen für 45 bis 48 Tage inhaftiert, Kautionszahlungen werden grundsätzlich verwehrt. Der Journalist Hopewell Chin'ono wurde erst am 12. August, also nach 45 Tage U-Haft, entlassen; der politische Aktivist, Jacob Ngarivhume, wurde nach 42 Tagen aus der U-Haft entlassen. Viele Aktivist_innen sitzen in U-Haft, ohne dass ihnen der Prozess gemacht wird.

I. Wirtschaft

Aufgrund der ökonomischen Folgen der COVID-19-Situation sind die Löhne über 90 % gesunken, der US-Dollar wurde als Währung abgesetzt und im Juni 2019 der Zim-Dollar wieder eingeführt. Die Währung ist durch die Inflation ausgehöhlt. Lehrer verdienen z.B. 500 US-Dollar, diese werden in Zim-Dollar/Bonds ausgezahlt und haben dann einen Wert von umgerechnet 30 US-Dollar, damit können sie ihre Familien nicht ernähren. Die Korruption ist immer noch extrem hoch, Beamte und auch die Bevölkerung haben kein Vertrauen in den Staat.

II. Der Gesundheitssektor

Das Gesundheitssystem ist weitgehend zusammengebrochen. Ärzt*innen können 3-4 Monate streiken, ohne dass es Auswirkungen auf die Situation hat - vielmehr laufen sie Gefahr, entführt oder misshandelt zu werden. Es gibt kaum Zugang zu Anästhetika für Operationen, keine Ausstattung (z.B. Handschuhe), keine Medikamente, PPE (personal protection equipment) oder sonstige Ressourcen. Es kam zu Schließung von staatlichen ICUs (Intensive Care Units), sodass keine Operationen mehr vorgenommen werden können. Ferner gibt es kaum noch Möglichkeiten, Privatkliniken zu nutzen, da diese sich finanziell kaum einer leisten kann. Das marode Gesundheitssystem nimmt Ärzt*innen jeglichen Handlungsspielraum. Patienten sterben, weil sie nicht behandelt werden können. Durch die Lockdown-Maßnahmen ist jedoch auch dort alles zusammengebrochen; die Frauen können nicht mehr in die Kliniken gehen; besonders problematisch ist dadurch die Zunahme der Mütter- und Säuglingssterblichkeit.

III. Verfassung und Gesetzgebung

Anhörungen zu Gesetzesvorhaben werden derzeit nicht durchgeführt. Die verfassungsmäßig garantierten Rechte der Bürger sind nicht gewährleistet. Die Verfassung ist mehr oder weniger außer Kraft. Zwei verfassungsändernde Gesetze (Cybercrime Security/Bill Data Protection Bill) wurden eingeführt, über die die Regierung das staatliche Durchforsten von Social Media und privaten Mailaccounts legitimiert. Social Media gilt der Regierung als Sicherheitsbedrohung, wird aber von der Bevölkerung intensiv genutzt. Die Einführung der Verfassungsergänzungen löste Demonstrationen aus, im Rahmen derer zahlreiche Protestierende verhaftet wurden.

IV. Abbau des Rechtsstaates und die Unterdrückung der Opposition

Es ist eine Tendenz zur Machtverlagerung immer weiter hin zur Exekutive (Machtkonzentration, statt Gewaltenteilung) zu beobachten. Legislative und Judikative werden immer stärker in ihrem Entscheidungs- und Handlungsspielraum eingeschränkt und in ihrer Unabhängigkeit tangiert. Der Präsident beabsichtigt, künftig die Richter*innen selbst zu ernennen. Die Justiz arbeitet nicht mehr unabhängig und Gerichtsverfahren werden nicht mehr ordnungsgemäß durchgeführt. Bislang fielen Schulden und Kredite in den Kompetenzbereich des Parlaments – das möchte Präsident nun ändern. Die Opposition wird ausgehebelt, Oppositionspolitiker werden abberufen, inhaftiert und umgebracht. Teils wird die Opposition sogar durch eigene Leute ersetzt, die als Opposition „schein-fungieren“. Im März 2020 entschied der Supreme Court, dass der Chef der Opposition nicht der legitime Oppositionsführer sei. Dabei stützte sich seine Position auf 2,6 Mio Wählerstimmen.

Die Oppositionsaktivistinnen Joanna Mamombe, Netsai Marova und Cecilia Chimбири wurden zusammen mit ihrer Anwältin am 31. Juli erneut von der Polizei in Haft genommen, als sie sich gemäß ihren Bewährungsaufgaben auf der Zentralwache in Harare melden wollten. Joanna Mamombe und Netsai Marova wurden später ohne Anklage wieder freigelassen. Cecilia Chimбири kam erst wieder frei, nachdem sie angeklagt wurde einen Polizisten beleidigt zu haben. Zuvor hatte ein Soldat sie fälschlicherweise beschuldigt, ihn beleidigt zu haben, und sie mit einer Peitsche angegriffen.

Lockdown wird ständig wieder um zwei Wochen erweitert. Bereits vor der COVID 19-Pandemie kam es zu exzessiver Gewalt durch Sicherheitskräfte sowie Entführungen durch FERRET-Teams (s.u.) – allerdings geschah das eher „undercover“, was durch die Corona-Maßnahmen und -regelungen nunmehr weitaus skrupelloser und offensichtlicher erfolgt. Die Lockdown-Regelungen und -maßnahmen dienen in erster Linie nicht dem Kampf gegen COVID 19, sondern der Machterhaltung des Präsidenten und der Unterdrückung von Dissidenten und „subversiver“ Aktivitäten. Den Bürger*innen ist nicht klar, was während des Lockdowns erlaubt bzw. verboten ist. Der Lockdown wird genutzt, um gezielt gegen die Bevölkerung vorzugehen und die Rechtsstaatlichkeit auszuhebeln. Bei Übergriffen seitens der staatlichen Sicherheitskräfte wird behauptet, es sei Corona geschuldet. Die Polizei schafft sich „ihr eigenes Gesetz“.

V. Militär und Polizei

Amnesty International liegen Fälle von rechtswidrigen Tötungen vor („unlawful killings“). Polizei, Militär und sonstige Sicherheitskräfte gehen überall und strukturiert mit Einschüchterungen und Drohungen gegenüber Zivilist_innen sowie Oppositionellen vor. Ferner begehen sie Entführungen, Vergewaltigungen und jegliche Formen von Gewalt. Auf Proteste reagiert der Präsident mit dem Einsatz des Militärs. 2019 enttarnte Jonathan Moyo staatliche Entführungsteams, bekannt als „FERRET“-Teams. Diese waren auch verantwortlich für die Entführungen der letzten vier Monate (einschließlich der Entführung und Misshandlung der 3 Oppositionspolitikerinnen) sowie Gewalt, inkl. sexualisierter Gewalt gegen die Bevölkerung und Oppositionelle einschließlich Fällen von Vergewaltigungen auch von Männern.